



OFFENER BRIEF

An die Bundesregierung der Republik Österreich, an den Nationalrat und die zuständigen Ministerien

Betreff: Kostenwahrheit im Ernährungssystem – Österreich braucht ein unabhängiges ressortübergreifendes Kompetenzzentrum für Sustainable Food Systems

Wien, Juni 2026

Was wir essen, kostet mehr, als wir bezahlen.

Die zentrale Botschaft dieses offenen Briefes ist keine Warnung, sie ist ein konkretes Angebot. Das österreichische Ernährungssystem verursacht jährlich externe Kosten in Höhe von 5 bis 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Wasseraufbereitung, Bodenverlust, Klimaschäden und Gesundheitsbelastungen. Ab 2027 kommen dazu noch Klimastrafzahlungen dazu. Ein erheblicher Teil davon ist vermeidbar. Die Einsparungen entstehen nicht auf dem Teller, sondern in diesen nachgelagerten Kosten, die heute still und unsichtbar von der Allgemeinheit getragen werden.

Zwei Drittel der landwirtschaftlichen Flächen Österreichs werden heute für die Futtermittelproduktion genutzt. Ein Drittel der erzeugten Lebensmittel landet im Abfall. 67 verschiedene Pestizide sind in unserer Atemluft nachweisbar. Die öffentliche Hand kauft regelmäßig entgegen ihren eigenen Ernährungsempfehlungen ein, obwohl gerade hier mit Steuergeld sofortige Einsparungen möglich wären. Das ist kein Naturgesetz. Das ist eine politische Entscheidung, die täglich neu getroffen wird. Auch mit den laufenden Anpassungen der nationalen GAP-Umsetzung entscheidet sich, ob Österreich dieses Potenzial nutzt.

Was die Evidenz zeigt.

Ein einjähriger, österreichweiter Analyseprozess mit über hundert Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Landwirtschaft, Verwaltung und öffentlicher Beschaffung hat die Folgekosten des aktuellen Ernährungssystems systematisch erfasst und Einsparungspotenziale sichtbar gemacht. Das Ergebnis ist eindeutig:

Biologische, regenerative Bewirtschaftung, regionale Kreisläufe, die konsequente Reduktion von Lebensmittelverschwendung und eine ernährungsempfehlungskonforme öffentliche Beschaffung können gemeinsam Milliarden einsparen, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Im Gegenteil: Je weniger unser Ernährungssystem von Importen, fossilen Betriebsmitteln und volatilen Weltmärkten abhängt, desto resilienter wird es gegenüber Krisen.

Nachhaltigkeit ist kein Luxus. Sie ist das wirksamste Sparprogramm, das Österreich zur Verfügung steht.

Was wir fordern.

Wir, die Unterzeichnenden, fordern die österreichische Bundesregierung und den Nationalrat auf, unverzüglich die Voraussetzungen zu schaffen für:



- 1. Ein parteiunabhängiges, ressortübergreifendes Kompetenzzentrum für Sustainable Food Systems**, das die realen Folgekosten des Ernährungssystems kontinuierlich berechnet, volkswirtschaftliche Einsparungspotenziale sichtbar macht, Governance-Modelle für Versorgungssicherheit und Krisenresilienz entwickelt und Politik sowie Verwaltung unabhängig berät.
- 2. Ein Living Lab für nachhaltige öffentliche Beschaffung**, das BestPractice-Modelle entwickelt und erprobt, damit die öffentliche Hand ihrer Vorbildwirkung gerecht wird und Steuergeld wirksam einsetzt.
- 3. Kostenwahrheit als Grundlage agrarpolitischer Entscheidungen** – durch die verpflichtende Einbeziehung externer Kosten in Fördersysteme, Vergabeverfahren und politische Folgenabschätzungen.

Einsparungen, die durch den Abbau von Folgekosten entstehen, sollen zweckgebunden in nachhaltige öffentliche Lebensmittelbeschaffung, bioregionale regenerative Landwirtschaft, soziale Ausgleichsmaßnahmen und in die weitere Transformation des Systems fließen. Transformation braucht Fairness, niemand darf zurückgelassen werden.

Warum jetzt.

Österreich steht vor einer Entscheidung: Wir können weiter so wirtschaften wie bisher und die wachsenden Folgekosten als unvermeidlich hinnehmen. Oder wir schaffen die wissenschaftliche und institutionelle Grundlage, um rational, faktenbasiert und langfristig zu handeln.

Wir haben die Expertise. Wir haben die Evidenz. Was fehlt, sind konkrete Zahlen für Österreich und ist der politische Wille bereits bekannte Einsparungspotentiale zu nutzen.

Kostenwahrheit schafft Fairness, Effizienz und Stabilität. Österreich kann Vorreiter werden, wenn wir jetzt handeln. Wir können entweder in Klimastrafzahlungen investieren oder in die Zukunft unserer Kinder. Die Wahl sollte klar sein.

Unterzeichnet von:

Wissenschaft & Forschung

Prof. Dr. Sigrid Stagl, Wirtschaftsuniversität Wien

Prof. Dr. Marianne Penker, BOKU Wien

Landwirtschaft & Praxis

Gerhard Zoubek, Adamah Biohof

Manfred Huber, Sonnberg Biofleisch

Organisationen & Verbände

Barbara Holzer, Zukunft Essen

Der Brief liegt bis 1.9.2026 zur Unterschrift auf.